

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:

Verantwortliche/r:
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:
242/152/2022

Hauptfeuerwache, Neubau und Erweiterung gemäß Masterplan, VgV-Verfahren

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	21.06.2022	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

37

I. Antrag

Zur Vergabe der Planungsleistungen für die Objekt- und Tragwerksplanung sowie der Planung der Technischen Gebäudeausrüstung (HLS + E) wird die Verwaltung aufgrund der Überschreitung der Schwellenwerte beauftragt, europaweite VgV-Verfahren durchzuführen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Entsprechend des Bedarfsbeschlusses des HFPA III/37/057/2019 vom 17.07.2019 soll die Hauptfeuerwache an der Äußeren Brucker Straße gemäß Variante 1a des Masterplanes um einen Neubau für das Verwaltungsgebäude mit Fahrzeughallen, Büros, Werkstätten und Schulungs- und weiteren Funktionsräumen erweitert und die westliche Fahrzeughalle u.a. für Stabsräume des Katastrophenschutzes aufgestockt werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Planungen des Neubaus sowie der Aufstockung der westlichen Fahrzeughalle zur Deckung des erforderlichen Raumbedarfes der Hauptfeuerwache sollen nach Abschluss der durchzuführenden VgV-Verfahren Anfang 2023 beginnen.

Hierfür sind europaweite Ausschreibungen der Planungsleistungen notwendig, die in der Vergabeverordnung (VgV) und im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) geregelt sind. Die Verfahren beginnen mit den Veröffentlichungen im Europäischen Amtsblatt und enden mit der Vergabe der Leistungen an geeignete Planungsbüros bzw. mit den Veröffentlichungen dazu (siehe unten).

Die geschätzten Auftragswerte der Planungsleistungen betragen von ca. 290.000 € (Technische Ausrüstung Elektro) bis ca. 1.090.000 € (Objektplanung) und übersteigen damit alle den festgeschriebenen Schwellenwert von derzeit 215.000 € (*netto*), der europaweite Ausschreibungen auslöst.

Die Vergaben der Planungsleistungen in stufenweiser Beauftragung als Ergebnis der VgV-Verfahren werden dann in den Gremien gesondert zum Beschluss vorgelegt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Geplanter Ablauf der VgV-Verfahren:

Bekanntmachungsphase:	Juli 2022
Bewerbungsphase:	August bis September 2022
Verhandlungsphase:	Oktober 2022
Auftragserteilungsphase:	November / Dezember 2022

Rahmenterminplan:

Beginn der Planung:	Anfang 2023
Baubeginn Aufstockung/Provisorien:	2025
Baubeginn Abbruch/Neu-/Umbauten	2026
Fertigstellung:	2028

4. Klimaschutz:

Entscheidungsrelevante Auswirkungen auf den Klimaschutz:

- ja, positiv*
 ja, negativ*
 nein

5. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€ 40.000	bei IPNr.: 126.409
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind zur Begleitung der VgV-Verfahren vorhanden auf IvP-Nr. 126.409 (450.000 €)

Anlagen: -

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang